



EUROPEAN CITIZENS' PANEL
Tackling Hatred in Society



Europäisches Bürgerforum „Hass in der Gesellschaft“

*Zusammenfassung
der 3. Tagung*

[17.-19. Mai 2024]

In wenigen Worten...

Was sind die wichtigsten Maßnahmen gegen Hass?

Zu der dritten und letzten Tagung des Europäischen Bürgerforums „Hass in der Gesellschaft“ vom 17.-19. Mai in Brüssel kamen rund 150 Teilnehmende aus der gesamten EU zusammen. Ziel der intensiven Debatte und Arbeit an diesem Wochenende war die Fertigstellung von Empfehlungen an die Europäische Kommission.

Mit vollem Einsatz und Engagement vollendeten die Bürgerinnen und Bürger 21 Empfehlungen für weniger Hass in der Gesellschaft. Diese wurden im Plenum angenommen und dann Ana Gallego Torres, Generaldirektorin der GD Justiz und Verbraucher (GD JUST), übergeben.

Wie geht es jetzt weiter?

Die Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger will die Kommission in die Gestaltung künftiger Initiativen zur Bekämpfung von Hass in der Gesellschaft einbeziehen. Hier gelangen Sie zu den [21 Empfehlungen](#), die der Europäischen Kommission übermittelt wurden. Das in 24 EU-Amtssprachen übersetzte Abschlussdokument wird in Kürze bereitgestellt.

Wir bleiben in Kontakt

Wir werden uns mit Ihnen in Verbindung setzen, um eine Feedback-Veranstaltung zu organisieren, bei der wir mit Ihnen erörtern werden, wie die Europäische Kommission Ihre Empfehlungen berücksichtigt.

Um auch in Zukunft in Kontakt zu bleiben, richten wir ein Netzwerk ehemaliger Teilnehmender an Europäischen Bürgerforen und anderen europäischen Projekten zur Bürgerbeteiligung ein. Wenn Sie **nicht** Teil dieses Netzwerks sein möchten, wenden Sie sich bitte per E-Mail an COMM-CITIZENS-PANELS@ec.europa.eu, damit wir Sie aus der Verteilerliste streichen können.

Eine Auswahl von Fotos aus den Podiumsdiskussionen finden Sie auf der [Plattform für Bürgerbeteiligung](#). Teilen Sie die Fotos gern mit Ihren Freunden, Ihrer Familie und in Ihren sozialen Netzwerken!

Die GD JUST bringt einen **monatlichen Newsletter** mit aktuellen Nachrichten, Veranstaltungen und Veröffentlichungen heraus. Sie können ihn über diesen [Link](#) abonnieren.

Auf der Website der GD JUST finden Sie weitere Informationen über die EU-Politik im Bereich Justiz, Verbraucherrechte und Gleichstellung der Geschlechter: [Justiz - Europäische Kommission \(europa.eu\)](#) oder auf X: [@EU_Justice / X \(twitter.com\)](#).

„Wir, Bürgerinnen und Bürger aus den 27 EU-Ländern, sind überzeugt, dass die Bekämpfung von Hass in Europa und weltweit eine Priorität darstellt.“

Hass und Spaltung überwinden und gemeinsam die europäischen Werte Gleichheit sowie Achtung der Menschenrechte und der Menschenwürde hochhalten



„Was Sie hier einbringen, trägt zum Schutz unserer Demokratien bei.“

Nach zwei Monaten harter Arbeit fanden sich die Bürgerinnen und Bürger nochmals in Brüssel ein - zum letzten Wochenende dieses Europäischen Bürgerforums „Hass in der Gesellschaft“. Bei dieser Abschlusstagung sollten die Ideen aus den zwei vorherigen Sitzungen in Empfehlungen an die Europäische Kommission ausformuliert werden. Am Freitag kamen die Teilnehmenden im Plenum zusammen. Sie wurden von **Dana Spinant, Generaldirektorin der GD Kommunikation (GD COMM)**, begrüßt und für ihre Arbeit gelobt: *„Sie haben große Lebenserfahrung. Im Forum haben Sie sehr viel Empathie bewiesen, ebenso Ehrlichkeit und Offenheit in den Diskussionen zu diesem komplexen Thema. Das hat mich beeindruckt! Uns bedeutet es sehr viel, dass Sie mithelfen, den Stimmen der Bürgerinnen und Bürger auf EU-Ebene Gehör zu verschaffen.“*

Definition des Problems: Erarbeitung der Grundlage für die Empfehlungen

Seit der zweiten Tagung war ein Redaktionsteam aus Mitgliedern des Forums damit beschäftigt, das Problem zu definieren und dabei die Kommentare aller Teilnehmenden zu berücksichtigen.

„Das Ziel war, die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammenzutragen und einen gemeinsamen Text zu erstellen (...). Am Ende sind wir den Text dreieinhalb Stunden lang noch einmal Wort für Wort und Satz für Satz durchgegangen, um die Anmerkungen aller 12 Arbeitsgruppen einzuarbeiten,“ so Gerhard, Mitglied des Redaktionsteams.

Hass betrifft alle Teile der Gesellschaft. Die Teilnehmenden sind überzeugt davon, dass Hass in Europa und weltweit unbedingt bekämpft werden muss. In ihren Empfehlungen weisen sie nachdrücklich darauf hin, dass wir aktiv tätig werden müssen, um Wunden, die beispielsweise durch Kriege entstehen, zu behandeln und zu heilen. Andernfalls münde der konfliktbedingte Hass in einen nicht enden wollenden Kreislauf der Feindseligkeit und Spaltung. Politische Entscheidungsträger und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens trügen eine besondere Verantwortung, denn ihre Aussagen werden von den Medien und in sozialen Netzwerken oft noch aufgebauscht. Mangelnde Aufklärung über verschiedene Identitäten und Kulturen könne

ebenfalls zu Missverständnissen führen, Vorurteile bekräftigen und Hass schüren. Dazu trügen auch fehlende Toleranz und Kommunikation sowie der Mangel an zuverlässigen Informationen im Internet bei.

Das Feedback der Expert*innen kurz zusammengefasst

Bildung als Fundament für die Erwachsenen von morgen

Robin Sclafani, Direktorin von CEJI: „Bildung ist so wichtig, damit Menschen glücklich sind und zurechtkommen. Die EU hat hier bisher nur begrenzte Möglichkeiten, aber sie könnte die Länder zum Handeln auffordern.“

Potenzial der Bürgerforen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts

Federico Faloppa, Professor für Soziolinguistik an der Universität Reading: „In mittelgroßen Städten Italiens und im Vereinigten Königreich versuchen Organisationen, Bürgerforen zusammenzustellen. In einigen der italienischen Städte lässt sich beobachten, dass Unternehmen florieren, weil sie „hassfrei“ sind und die Menschenrechte unterstützen. Wir müssen die lokalen Stimmen zusammenbringen. So sollten auch wir zusammenarbeiten - die EU, die Regierungen und lokale Behörden.“



Ist KI eine gute Lösung zur Bekämpfung von Hass?

Nesrine Slaoui, unabhängige Journalistin: „Wenn wir Hass im Internet nicht bekämpfen, hat das Ganze keinen Sinn. Algorithmen sind hier ganz wichtig, aber den Menschen brauchen wir auch. Wir sollten die finanzielle Seite nicht unterschätzen: Plattformen sind Multis, sie können aus gutem und schlechtem Content

Profit schlagen. Bürgerinnen und Bürger müssen geschult werden. Rassismus und Sexismus sind bereits bis in die KI vorgedrungen - wir können unsere Zukunft nicht auf Tools aufbauen, die durch Vorurteile beeinflusst werden.“

Balanceakt zwischen Datenschutz und Bekämpfung von Hass im Internet

Louisa Klingvall, GD JUST: „In Europa leben wir in einer Demokratie, aber im Rest der Welt ist das nicht unbedingt der Fall. Anonymität kann Menschen die Möglichkeit geben, frei ihre Meinung zu sagen. Aber sie kann auch zu Hassrede verführen. Strafverfolgungsbehörden können Informationen über Menschen erhalten, die Hassnachrichten verbreiten - insbesondere im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste.“

Martin Sacleux, GD JUST: „Bei der Kommission versuchen wir konstant, das Gleichgewicht zwischen Datenschutz und dem Kampf gegen Hassrede im Internet zu halten. Darum bietet die Datenschutzverordnung einen sehr umfassenden Schutz. Wir sprechen hier über Milliarden von Inhalten, die täglich veröffentlicht werden. Wir brauchen also auch Mittel, die den

Behörden beim Erkennen und Filtern von Inhalten helfen. Es ist wichtig, Hass im Netz zu melden, damit die Verantwortlichen strafrechtlich verfolgt werden können.“



Schutz der am stärksten gefährdeten Gruppen durch Schulung ihrer Ansprechpartner

Daris Lewis Recio, Rechts- und Politikreferent von Equinet: „Es gibt viele politische und rechtliche Initiativen, vor allem mit Migrationsbezug, bei denen es darum geht, wie wir Menschen, die gerade erst bei uns angekommen sind, vor Hetze bewahren können.“

Unterstützung für Opfer und freie

Meinungsäußerung ohne Wertung

Arun Mansukhani: „Wir müssen die Ansprechpartner der Opfer besser schulen, damit sie sie bestmöglich unterstützen können. Der beste Psychologe ist der Polizeibeamte, der situationsbezogen geschult wurde und auch weiß, wer den Erfahrungsbericht des Opfers danach lesen wird.“

Ingrid Bellander Todino, Referatsleiterin, Grundrechtspolitik, GD JUST: „Zu den Rechten von Opfern haben wir 2012 Rechtsvorschriften erlassen, in denen es um Unterstützung und Hilfe für die Opfer von Gewaltverbrechen geht. In den Mitgliedstaaten gibt es bereits Opferschutz, aber er muss auch umgesetzt werden und zugänglich sein. Wenn ein Opfer Hilfe braucht, muss Unterstützung verfügbar sein, das ist der springende Punkt.“

21 Empfehlungen ratifiziert - und gefeiert!

Am Samstag arbeiteten die Bürgerinnen und Bürger in 12 Gruppen zusammen, um ihre 21 Empfehlungen fertigzustellen. Hier eine Auswahl:



- **Sensibilisierung für Hass: Bestehende Maßnahmen und Möglichkeiten, Hass im Rahmen einer öffentlichen Kampagne zu bekämpfen.** Das Bürgerforum schlägt vor, dass die Europäische Union eine Sensibilisierungskampagne zu den Gefahren und Ursachen von Hass sowie zu den Möglichkeiten zu seiner Bekämpfung organisiert. Gleichzeitig sollte die EU Informationen zu den verschiedenen Initiativen gegen Hass und den verfügbaren Hilfsdiensten und Maßnahmen für Opfer bereitstellen.
- **Eine „EU Safe Surfing Card“ für Kinder ab 8 Jahren,** damit sie beim Surfen im Internet geschützt sind. Mit dieser Karte lernen Kinder, wie sie sich allein und trotzdem sicher durchs Internet bewegen.
- **Förderung gewaltfreier Kommunikation.** Die EU sollte stärker die Werbetrommel für ihre bestehenden Schulungen zu Hasskriminalität und gewaltfreier Kommunikation rühren, besonders bei den einzelnen Zielgruppen. Gewaltfreie Kommunikation sollte in Bildungsprogrammen aufgegriffen und dadurch allen Generationen in den EU-Ländern nähergebracht werden.
- **Unabhängigere Medien.** Die Medien sollten gezwungen werden, mit Faktenchecks unabhängiger Organisationen zu arbeiten. Außerdem sollten sie ihre Finanzierungsquellen offenlegen. Die Anzahl der Medienunternehmen im Besitz einer einzigen Person oder eines einzigen Unternehmens sollte begrenzt sein. Eine größere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in den Medien wird ebenfalls empfohlen, damit ihre Inhalte nach vorn gebracht und eine gemeinsame und respektvolle Kultur des Miteinanders gefördert wird.
- **Hassrede im Internet überwachen und verfolgen.** Die Anonymität im Internet sollte reguliert werden, damit Hassrede verbreitende Personen besser aufgespürt und strafrechtlich verfolgt werden können. Die Europäische Kommission sollte eine Arbeitsgruppe bilden, um die allgemeine Definition von „illegaler Hassrede“ zu aktualisieren und zu erweitern. Mithilfe künstlicher Intelligenz sollte die Verbreitung von Hassrede in sozialen Netzwerken eingedämmt werden. Plattformen und Betreiber müssen verpflichtet werden, ihre Algorithmen anzupassen, damit ein breiteres Meinungsspektrum zugelassen wird.
- **Verhaltenskodex für Mitglieder des Europäischen Parlaments.** Das Bürgerforum schlägt vor, einen unabhängigen Vertrauensausschuss einzurichten, der einen Verhaltenskodex für Mitglieder des Europäischen Parlaments erarbeitet und Hassrede und Fehlinformation überwacht.
- **Europäische Jugendforen.** In Schulen könnten nach dem Vorbild der Bürgerforen Diskussionsrunden organisiert werden. Dadurch würde die jüngere Generation an die Debattenkultur herangeführt. So wäre zum Beispiel eine Debatte über das Essen in der Schulkantine unter Berücksichtigung der Essensgewohnheiten verschiedener Religionen eine Möglichkeit, Diskussionen zu einem alltäglichen Schulthema anzustoßen, wobei hier auch die Erfahrung des Kantinenpersonals und der Köche genutzt werden könnte. Über Schulpartnerschaften könnte der Austausch auf europäischer Ebene geführt werden. Für 16- bis 25-Jährige sollten europäische Foren zum Thema „Hass“ organisiert werden (nach dem Vorbild existierender Foren). Dabei würden Themen angesprochen, die sie direkt betreffen, wie zum Beispiel Online-Mobbing.

„Sie stehen im Mittelpunkt der demokratischen Debatte.“



Am Sonntag kehrten die Bürgerinnen und Bürger ins Plenum zurück, um die endgültigen 21 Empfehlungen vorzustellen und auf einer Skala von 1 bis 6 zu bewerten. Die Stimmen wurden in Anwesenheit von Bürgerbeobachtern gezählt, um Transparenz zu gewährleisten.

Nach der Vorstellung und Abstimmung wurden die Empfehlungen vom ältesten Forumsmitglied - Gemma aus Italien - und dem jüngsten - Camille aus Frankreich - der **Generaldirektorin der GD Justiz und Verbraucher (GD JUST), Ana Gallego Torres**, vorgelegt. Die Generaldirektorin dankte

den 150 Teilnehmenden für ihr unerschütterliches Engagement, ihre aktive Beteiligung und ihre beeindruckende Leistung.

Zum Abschluss dieses Wochenendes erhielten die Teilnehmenden eine Dankesbotschaft von **Dubravka Šuica, der Vizepräsidentin für Demokratie und Demografie**, die auf die Bedeutung der Bürgerbeteiligung am politischen Entscheidungsprozess hinwies. Die Stimme der Bürgerinnen und Bürger müsse gehört werden, damit sichergestellt sei, dass die EU-Institutionen ihren Interessen dienen. *„Ihr Engagement hilft, unsere Demokratien zu stärken. Wir sind stolz auf die Bürgerforen ... Ich freue mich auf die Lektüre Ihrer Empfehlungen, vielen Dank für Ihre Arbeit.“*

[Plenarversammlung von Freitag - hier klicken!](#)

[Plenarversammlung von Sonntag - hier klicken!](#)

Ihre Höhepunkte des Forums

Matilde, Italien: *„Mir hat besonders gefallen, so viele Menschen aus ganz Europa zu treffen, weil man so viel voneinander lernt. Dass die EU wirklich mit Bürgern in Kontakt kommt, hatte ich bisher noch nicht erlebt. Es war eine schöne Erfahrung.“*

Nelson, Polen: *„Die Arbeitsgruppe fand ich am besten: Wir konnten unsere Meinung sagen, das Thema diskutieren, und auch wenn nicht alle einer Meinung waren, blieb die Stimmung immer positiv. Bei der ersten Tagung gab es sehr emotionale Erfahrungsberichte. Wenn ich einen Moment herausgreifen müsste, der mir in Erinnerung bleiben wird, dann diesen.“*

Petra, Tschechien: *„Ich fand es toll, dass alle eine andere Meinung hatten - auch wenn ich*

Sybel, Luxemburg: *„Nach diesen drei Tagungen werde ich mich an einen Moment ganz besonders*

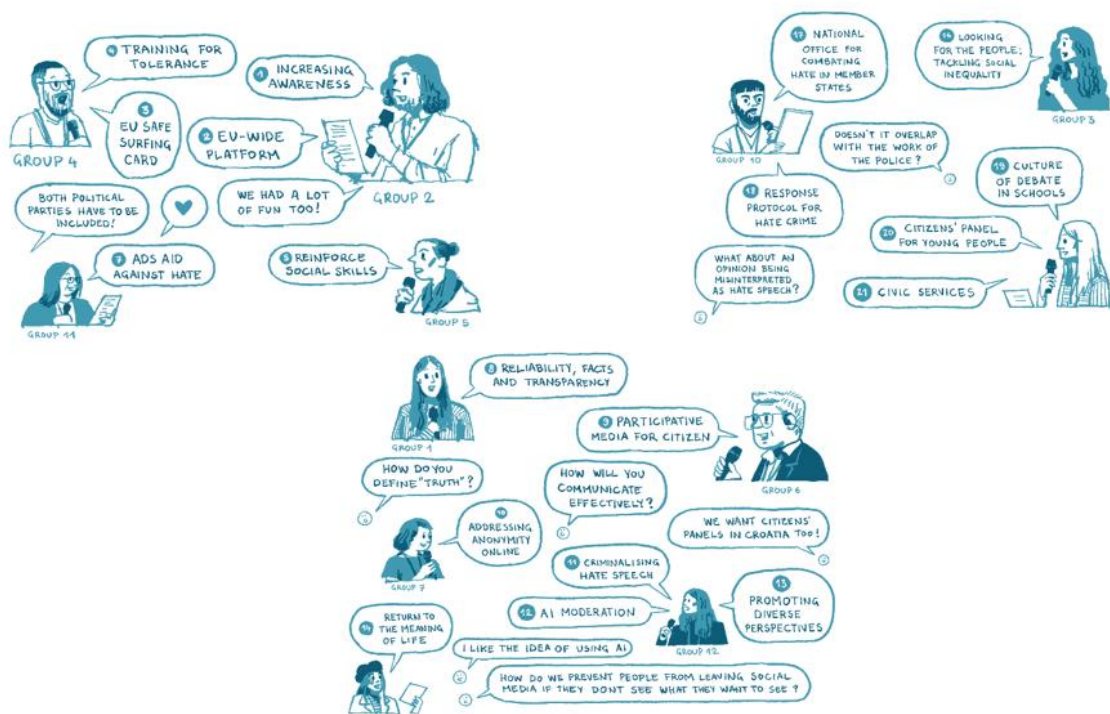
nicht einverstanden war, musste ich den anderen doch zuhören und ihren Punkt berücksichtigen. Daraus habe ich viel gelernt. Und das ganze Vorgehen hat mir gefallen, neue Menschen aus der ganzen EU zu treffen. Im Gruppen-Workshop hatten wir viel Spaß, das mochte ich am meisten.“

erinnern: Wie Camille und Gemma Ana Gallego Torres die Empfehlungen überreicht haben. All unsere Anstrengungen und Konsensarbeit kamen in diesem Moment zum Ausdruck. Ich bin stolz, dass wir das geschafft haben. Es war nicht einfach, manchmal waren wir anderer Meinung, aber alle haben ihren Standpunkt in die Diskussion eingebracht. Diese Erfahrung zeigt, dass Bürgerbeteiligung möglich ist und der Politik wichtige Ideen vermitteln kann.“

Das Wochenende aus der Sicht von Sylvain

Sylvain Mazas ist ein Visual Facilitator, der den Fortgang der Diskussionen des Forums festgehalten hat.

Hier seine Eindrücke vom Wochenende:



Andere Veranstaltungen

Wir haben uns gefreut, viele von euch in den letzten Wochen in Brüssel empfangen zu dürfen, um das Forum bei verschiedenen Veranstaltungen und Konferenzen zu vertreten. Vielen Dank an alle Freiwilligen, die sich als Vertreterinnen und Vertreter gemeldet haben!

Das größte Follow-up-Event wurde von der Generaldirektion Justiz und Verbraucher (GD JUST) am 13. Juni 2024 organisiert. An dieser [12. Tagung der hochrangigen Gruppe zur Bekämpfung von Hetze und Hassverbrechen](#) nahmen Kabinettsmitglieder aus den Bereichen Justiz, Kultur und Strafverfolgung teil. Eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern stellte den Vertretenden der Mitgliedstaaten ihre Empfehlungen vor und ging dabei vor allem auf jene Punkte ein, die

mit Bildung zusammenhängen und daher vorrangig auf Ebene der Länder angegangen werden müssen.

Es gab noch zwei weitere wichtige Gelegenheiten zur Vorstellung der Arbeit des Bürgerforums. Die erste Veranstaltung wurde vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) am 31. Mai 2024 organisiert. Anlass war die Annahme der [Stellungnahme „Kein Platz für Hass: ein Europa, das geeint gegen Hass steht“](#). Das zweite Event war Teil des [5. Festivals für Bürgerbeteiligung und deliberative Demokratie](#) und wurde von der Gemeinsamen Forschungsstelle organisiert.

Großer Dank an alle Freiwilligen (und nach dem Zufallsprinzip Ausgewählten), die nach Brüssel zurückgekommen sind, um im Namen des Forums an diesen drei Veranstaltungen teilzunehmen.